

ANTRÄGE

1) Petition an die Steiermärkische Landesregierung und an den Landtag: Keine Ausweitung der Ausgehzeiten für Kinder und Jugendliche im Rahmen der Novellierung des Steiermärkischen Jugendschutzgesetzes: Jugendschutzgesetz muss Jugend schützen

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Landesgesetzliche Bestimmungen sind in Österreich manchmal sehr unterschiedlich, bei den Betroffenen führt dies oft zu Verunsicherung, aber auch zu beträchtlichen Nachteilen. Auch die Jugendschutzbestimmungen sind länderweise verschieden und führen vor allem in grenznahen Orten zu Unverständnis und Verärgerung. Ein bundesweit einheitliches Jugendschutzgesetz ist daher prinzipiell erstrebenswert. Die aktuellen Vorschläge in Bezug auf die geplante massive Ausweitung der Ausgehzeiten für Kinder und Jugendliche haben aber massive Kritik ausgelöst. Die Eltern wissen natürlich, dass die im Gesetz festgelegten Ausgehzeiten nur den Rahmen bestimmen, innerhalb dessen sie ihren Kindern das Ausgehen erlauben können und sie das Recht haben, als Erziehungsberechtigte engere Grenzen zu ziehen. Im Familienalltag zeigt sich aber, dass viele Jugendliche darauf pochen, so lange ausgehen zu dürfen, wie der gesetzliche Rahmen es zulässt – lange, unerfreuliche Diskussionen sind die Folge. Besorgte Eltern, Lehrer und Ärzte fragen, ob ein Gesetz überhaupt den Namen „Jugendschutzgesetz“ verdient, wenn 12-Jährige bis 23 Uhr und 14-Jährige bis 1 Uhr nachts unterwegs sein können. Sie äußern auch ihre Sorge, dass die Gefahr des Alkohol- und Nikotinkonsums zu vorgerückter Stunde steigt – auch die Exekutive spricht in einer aktuellen Studie vom „Spaßfaktor Alkohol“ als Gefahrenquelle.

Es stimmt nicht, dass unser Jugendschutzgesetz innerhalb Europas besonders restriktiv ist – in Slowenien und Bayern dürfen sich Unter-16-Jährige überhaupt nicht ohne erwachsene Begleitperson an öffentlichen Orten aufhalten. Im PISA-Siegerland Finnland gilt für Unter-18-Jährige ein striktes Alkohol- und Rauchverbot.

Auch die Vereine verlangen keine generelle Ausweitung der Ausgehzeiten – beispielsweise hat der Landesobmann der steirischen Blasmusikvereine Horst Wiedenhofer kürzlich bestätigt, dass die derzeit in der Steiermark geltenden Bestimmungen auch für den Heimweg nach Veranstaltungen für Jugendliche keine Probleme bereiten.

Das Jugendschutzgesetz soll die Elternverantwortung stärken und das Wohl der Kinder und Jugendlichen schützen. Deshalb stelle ich namens des ÖVP-GR-Clubs folgenden

A n t r a g :

Die Steiermärkische Landesregierung und der Landtag werden auf dem Petitionswege dringend ersucht, bei der Vorbereitung der Novellierung des Jugendschutzgesetzes den Familienpolitischen Beirat des Landes mit VertreterInnen von Eltern-, Lehrer- und Familienorganisationen umgehend einzubeziehen und die Ausgehzeiten insbesondere für Unter-16-Jährige Kinder und Jugendliche nicht auszuweiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Förderung des Vereines Ludovico

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits seit 27 Jahren bringt der Verein Ludovico den Menschen das Spielen „spielerisch“ näher. Auf sehr hohem pädagogischem Niveau bietet er Angebote für Schulklassen und Privatpersonen, insbesondere die Ludothek wird von vielen LehrerInnen und Eltern als kompetente Institution häufig aufgesucht.

Ludovico bemüht sich nun darum, neben dem Standort am Karmeliterplatz auch am anderen Murufer, im Grazer Westen und Süden, besser präsent sein zu können. Daher steigen auch die Personalkosten von Ludovico. Damit durch den Ausbau des Angebots nicht die Öffnungszeiten am Karmeliterplatz eingeschränkt werden müssen, sollte die Stadt Graz die Förderung für Ludovico erhöhen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz wird ersucht, auf die gestiegenen Kosten von Ludovico zu reagieren und die Förderung zu erhöhen. Zudem soll eine engere Kooperation zwischen den Stadtbibliotheken und Ludovico angestrebt werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Nutzung des Trauungssaales für gleichgeschlechtliche Verpartnerungen

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits 2009 gab es einen Streit um die Nutzung des Trauungssaales im Grazer Rathaus für die Verpartnerung gleichgeschlechtlicher Paare.

Die „eingetragene Partnerschaft“ ist im Grunde ein der Ehe vergleichbarer Vertrag für homosexuelle Paare. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Urteils in Sachen Adoption vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGRM) in Straßburg soll nun die Forderung nach gleichwertigem Zugang zu städtischen Lokationen wieder aufgenommen werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz soll den Trauungssaal im Grazer Rathaus für gleichgeschlechtliche Verpartnerungen öffnen und zur Verfügung stellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Verbesserung der Park- und Verkehrssituation Lenaugasse/Auersperggasse

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit fast drei Jahren kämpfen Anrainer und Anrainerinnen im Bereich Lenaugasse/Auersperggasse um eine Verbesserung der Park- u. Verkehrssituation:

- 1) Diejenigen Straßenzüge, die im Grünen Zonenbereich liegen, sind meist dauerhaft verparkt, wohingegen wenig entfernte Blaue Zonen (z.B.

Herdergasse) fast zur Gänze leer bleiben. Erst eine Ausweisung als „Blaue Zone“ würde auch den Bereich Lenaugasse/Auersperggasse zur echten Kurzparkzone formen.

- 2) Gerade auf diesen Straßen wird die Höchstgeschwindigkeit durch die PKWs kaum eingehalten – Unfälle sind die Folgen. Nur konsequente Überwachungsmaßnahmen könnten Abhilfe schaffen.
- 3) Ein dringend benötigter Zebrastreifen würde im Bereich Auersperggasse/Lenaugasse vor allem auch älteren Personen helfen, die Straße sicherer zu überqueren.

Daher stelle ich im Namen der KPÖ-Fraktion im Grazer Gemeinderat folgenden

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, im Sinne des Motivenberichts Maßnahmen zur Verbesserung der Park- und Verkehrssituation im genannten Bereich zu entwickeln

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Wiederherstellung eines Gehweges Am Lindenhof – Mariatroster Straße

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die einst existierende Direktverbindung des Lindenhofs in die Mariatroster Straße wurde vor einigen Jahren durch eine private Verbauung beendet. Dieser Umstand verstört nicht nur Spaziergänger immer wieder – am stärksten betroffen sind wohl die Am Lindenhof bzw. Am Dominikanergrund lebenden Schülerinnen und Schüler der Schule St. Johann (bzw. deren Eltern).

Auch der Zugang zur Straßenbahn bleibt so versperrt.

So verbleibt als einzige Direktverbindung ein als unsicher erlebter Waldpfad, sofern nicht ein gewaltiger Umweg in Kauf genommen werden soll.

Es ist Zeit, diesen alten Planungsfehler der Stadt rasch durch eine konsensuale Lösung zu korrigieren.

Namens der KPÖ - Fraktion des Grazer Gemeinderates stelle ich hiermit folgenden

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz treten an den am Fuße des Weges Am Lindenhof positionierten Grundeigentümer heran, um eine Lösung zu finden, die eine Durchwegung für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen wieder ermöglicht.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Annenstraße – Metahof-Platz: Errichtung einer Öffi-Haltestelle

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge der Neugestaltung der Annenstraße sowie der Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof wurde mit der Auflassung der Haltestelle "Eggenberger Gürtel" eine für die BürgerInnen sehr wichtige Anbindung an die Öffis im Bereich der Annenpassage weggenommen. Zwischen Hauptbahnhof und Esperanto-Platz gibt es nun nach dem Umbau keine Zu- und Ausstiegsmöglichkeit für die Öffis mehr, was sehr viele BürgerInnen und AnrainerInnen verärgert, wünschen sich diese doch wieder eine Haltestelle im Bereich des neu gestalteten Metahofplatzes. Die langen Fußwege zur nächstgelegenen Haltestelle am Hauptbahnhof oder beim Esperantoplatz laden keinesfalls zum Umsteigen auf die Öffis ein. Auch wird nach dem Umbau der Annenpassage und des Möbelhauses Leiner niemand den Anreiz verspüren, mit den Öffis zum Einkaufen anzureisen. Mittlerweile entwickelte sich sogar eine BürgerInnen-Initiative, welcher sowohl zahlreiche BürgerInnen als auch betroffene Gewerbetreibende rund um den Metahof-Platz angehören. Im Text zum Siegerprojekt Annenstraße heißt es: "Der Metahof-Platz wird mit dem Metahof-Park nach dem Umbau der Annenstraße verbunden und aufgewertet. Der bestehende Baumbestand aus zwei größeren Linden und einer Kastanie wird erhalten und mit Schnurbäumen ergänzt. Die offene Platzgestaltung mit den locker angeordneten Bäumen bietet Platz für Gastgärten, Warenauslage und Begegnungsraum ohne Konsumzwang. Auch der Zugang zur Metahof-Garage soll in die Platzfläche integriert werden." Da bietet sich die Errichtung einer Öffi-Haltestelle an diesem Ort ja förmlich an!

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats und der Verkehrsreferent werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob eine rasche, unbürokratische und dringend notwendige Errichtung einer Haltestelle im Bereich des neu gestalteten Metahof-Platzes möglich wäre.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) GKB-Bahnübergang Trattfelderstraße nicht schließen

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Eine Mitteilung der Graz-Köflach-Bahn, den Bahnübergang Trattfelderstraße im Bezirk Straßgang aufzulassen und abzusperren, führte zu heftigen Reaktionen aus der Bevölkerung. Sehr viele besorgte AnrainerInnen sind deshalb an mich herangetreten, um gegen die drohende Sperre des Bahnüberganges Trattfelderstraße aktiv zu werden. Dieser Übergang zählt zur für Fußgänger- und RadfahrerInnen wichtigsten Ost-West-Verbindung zwischen dem Naherholungsgebiet rund um das Schloss St. Martin im Westen und den Einkaufszentren im nahe gelegenen Osten. Auch stellt der Übergang eine sehr wichtige Verbindung zur nahe gelegenen Elisabeth-Kirche sowie zum Kindergarten und zum Hort in der Harter Straße dar. Eine Sperre des Bahnüberganges würde einen enorm langen, für die vielen AnrainerInnen unzumutbaren Umweg über den Grillweg oder auch über die Kärntner Straße zur Folge haben. Das Argument der GKB, dass aufgrund neuer Sicherheitsbestimmungen ein bestimmter Bahnweg einsehbar und der Übergang auch gesichert sein muss, ist beim Übergang Trattfelderstraße nur bedingt gültig, da dieser mittels Sperrgitter bereits gesichert und die Bahnstrecke in beiden Richtungen sehr gut einsehbar ist.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der zuständige Verkehrsreferent und die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe mit den Verantwortlichen der GKB Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, ob eine geeignete Lösung zum Erhalt des GKB-Bahnüberganges Trattfelderstraße herbeigeführt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Hafnerstraße – verkehrsberuhigende Maßnahmen

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Hafnerstraße sorgen immer mehr Wohnbauten, das Postamt Straßgang sowie zahlreiche Gewerbebetriebe für reges Treiben entlang dieser wichtigen Verbindungsstraße.

Der westliche Teil der Hafnerstraße zwischen der Kärntner Straße und der A9-Autobahnunterführung wird als 50-km/h-Zone geführt, der östliche Teil der Hafnerstraße mündet bis zu ihrem Ende in eine 30-km/h-Zone. Die Hafnerstraße verbindet im Westen den Grazer Bezirk Straßgang mit dem im Osten gelegenen Grazer Bezirk Puntigam und zählt auch aufgrund ihrer optimalen Anbindung zu den Einkaufszentren im Süden von Graz zu den sehr stark befahrenen Straßen auf Grazer Stadtgebiet.

Nun sind sehr viele BürgerInnen an mich herangetreten, um bei der Politik für offene Ohren für eine Verkehrsberuhigung entlang der Hafnerstraße zu sorgen. Leider verwechseln viele PKW-FahrerInnen diese Straße mit einer Rennstrecke. Geschwindigkeiten weit jenseits der Geschwindigkeitsbegrenzung sind da keine Seltenheit, was auch Radarmessungen ergeben haben. Besonders die GKB-Bahnübersetzung verwechseln viele mit einer Sprungschanze. An besagter Stelle kam bereits ein Motorradfahrer ums Leben, zahlreiche weitere Unfälle zeugen von der Gefährlichkeit dieser Straßenstelle – da muss Abhilfe geschaffen werden. Eine durchgehende Verkehrsberuhigung entlang der Hafnerstraße nach dem Vorbild der Parallelstraße Schwarzer Weg wäre hier wirksam und dringend notwendig.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die dafür zuständige Stelle des Magistrats und der Verkehrsreferent werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob im Bereich der Hafnerstraße eine sinnvolle Verkehrsmaßnahme zur Verkehrsberuhigung in Form einer durchgehenden 30-km/h-Zone einzurichten.

Eine solche Maßnahme würde zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle VerkehrsteilnehmerInnen und AnrainerInnen entlang der Hafnerstraße beitragen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Gehverbote – FZZ Eichbachgasse

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Freizeitzentrum Eichbachgasse wurde unter großer Beachtung der Bevölkerung 2012 eröffnet, um den Grazerinnen und Grazern ein Naherholungsgebiet anzubieten. Dieses Angebot ist von Beginn an sehr gut angenommen worden und erfreut sich u. a. auch durch die sich dort ansiedelnde Tierwelt (über 100 Schwäne...) immer größerer Beliebtheit.

Jedes Wochenende strömen zahlreiche Erholungssuchende in dieses Freizeitzentrum und spazieren entlang des Murufers. Als Information wurden am linken Muruferweg Tafeln mit dem Hinweis „Wintersperre – kein Winterdienst“ angebracht, um einerseits auf die Gefahren eines nicht durch einen Winterdienst betreuten Weges aufmerksam zu machen und andererseits aus haftungsrechtlichen Gründen.

Seit Dezember 2012 muss aber überraschend festgestellt werden, dass zu dieser Information zusätzlich nördlich und südlich der Autobahnbrücke je drei Verkehrsverbotschilder aufgestellt wurden – Fahrverbot (ausgenommen Betriebsverkehr), Reitverbot und Gehverbot.

Durch dieses Verbotsschild soll das Begehen des Weges in Richtung Süden ausgeschlossen werden - dieses Gehverbot wird generell ignoriert, da der Sinn des Verbotes nicht erkennbar ist.

Behördliche Anordnungen, deren Sinn von den Adressaten nicht erkannt wird, sind deshalb verzichtbar, da in Ermangelung des Verstehens ein normgerechtes Verhalten nicht geübt wird und dienen eher dazu, behördlichen Anordnungen grundsätzlich zu misstrauen und skeptisch gegenüber zu stehen.

Namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, im Sinne des Motivenberichtes das behördlich ausgesprochene Gehverbot für die Bevölkerung erkennbar zu erklären oder dieses zu beseitigen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Müllabfuhrkalender

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Nach der Weihnachtszeit ist wiederholt die Müllentsorgung in Graz ein Thema. In Bezirken mit vielen Einfamilienhäusern werden bereits im Dezember dutzende Einzelblätter mit den Terminen, wann welche Müllsorte abgeholt wird, an die Haushalte verschickt. Dieser Umstand beruht darauf, dass unterschiedliche Unternehmen mit der Abfallentsorgung beauftragt sind.

In jeder Hinsicht sinnvoller, umweltschonender und kostengünstiger wäre es daher, alle Entsorgungstermine in einem Müllabfuhrkalender zusammenzufassen und zentral an die Haushalte zuzustellen. Ein derartiger Kalender würde eine wesentlich bessere Übersicht für Hausbesitzer und Mieter bieten, damit selbige nicht mehr übersehen, wann sie ihre Müllbehälter auf die Straße schieben müssen. In vielen Gemeinden der Steiermark, wie etwa in Feldkirchen, erhält jeder Haushalt einmal im Jahr von der Gemeinde einen solchen Kalender. Auch wird in Wien dieses Service, ergänzt um die Auflistung der Müllsammelstellen, angeboten. Die Stadt Graz sollte die Aussendung eines solchen Müllkalenders koordinieren.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, an die Holding Graz Services - Abfallwirtschaft sowie an die beauftragten Recyclingunternehmen heranzutreten, um die Aussendung eines zentralen Müllabfuhrkalenders durch die Stadt Graz zu ermöglichen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Festakt anlässlich des Peter-Rosegger-Jahres 2013 und des 100-jährigen Jubiläums der Ehrenbürgerschaft der Stadt Graz

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im heurigen Jahr feiert die Steiermark den 170. Geburtstag ihres am 31. Juli des Jahres 1843 geborenen Schriftstellers und Heimatdichters Dr. Peter Rosegger. Am 25. Juni 1913 wurde Dr. Peter Rosegger zum Ehrenbürger unserer Landeshauptstadt Graz ernannt, und somit feiern wir auch gleichzeitig das 100-jährige Jubiläum dieser Auszeichnung durch die Stadt Graz.

Diesen feierlichen Anlass sollte auch die Stadt Graz dazu nützen, im Rahmen des Peter-Rosegger-Jahres 2013 die Leistungen eines der größten Söhne unseres Heimatlandes zu würdigen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Anlässlich des 170. Geburtstages von Dr. Peter Rosegger und anlässlich der 100-sten Wiederkehr des Jahrestages seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Landeshauptstadt Graz ersuche ich Herrn Bürgermeister Mag. Nagl, im Rahmen der Gemeinderatssitzung am 13. Juni 2013 einen feierlichen Festakt zu veranstalten oder ein anderes geeignetes Mittel zu wählen, welches diesem Anlass gerecht wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 20.50 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bgm. Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Andra-Michaela Schartel

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb